

## Infrastruktur-Investitionen

# Ramsauer verteidigt Pläne für "Aufbau West"

Von Martin Lutz und Claudia Ehrenstein 9. November 2009, 17:16 Uhr

Trotz starker Vorbehalte hält Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) an seinen Plänen für mehr Investitionen in die westdeutsche Infrastruktur fest. Dort bestehe zum Teil "erheblicher Nachholbedarf", sagte Ramsauer. Sein Plan für den "Aufbau West" provoziert gerade am 20. Jahrestag des Mauerfalls heftige Kritik.



Foto: Getty Images/Getty

Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) will sich nicht von seinen Infrastruktur-Plänen für Westdeutschland abbringen lassen

Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) hat seine Forderung verteidigt, in den kommenden Jahren verstärkt in die Infrastruktur der westlichen Bundesländer zu investieren. Es bestehe zum Teil „erheblicher Nachholbedarf“, sagte Ramsauer vor der Sitzung der Unionsbundestagsfraktion in Berlin. Das werde man ja wohl zum 20. Jahrestag des Mauerfalls noch sagen dürfen.

Mit seinen Vorschlägen stieß Ramsauer auch beim Koalitionspartner auf heftige Kritik. Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) warnte, man dürfe „Ost und West“ nicht gegeneinander ausspielen. Mehrere FDP-Politiker sprachen von einer Provokation zum Gedenken des Mauerfalls. Damit werde „in völliger Verkennung der Realitäten ausgerechnet der Tag der Freude gestört“, sagte FDP-Parteivize Cornelia Pieper.

Die Konzentration auf Ostdeutschland sei in den vergangenen Jahren zwar richtig gewesen, hatte Ramsauer am Wochenende in der „Welt am Sonntag“ erklärt. Jetzt aber sei es an der Zeit, im Westen Versäumtes nachzuholen. Nachholbedarf sehe er bei vielen Autobahnen, deren Zustand häufig an die Nachkriegszeit erinnere.

Als drei Hauptprojekte beim „Aufbau West“ nannte Ramsauer den Ausbau des Kölner Autobahnringes, den sechsspurigen Ausbau der Autobahn A 1 und den weiteren Ausbau der ICE-Trasse von Nürnberg nach Berlin. Nötig

seien auch Ortsumgehungen. Die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit würden aber zu Ende geführt, versicherte Ramsauer. Der Bundesverkehrswegeplan müsse geändert werden, um zurückgestellte Investitionen in westdeutschen Ländern nachzuholen.

Der Grünen-Verkehrsexperte Winfried Hermann forderte ein „gesamtdeutsches Verkehrsinfrastruktur-Konzept“, das auch demografische Entwicklung und Klimaschutz berücksichtige. In den neuen Ländern seien Straßen oft überdimensioniert ausgebaut worden, in der vergeblichen Hoffnung, damit Arbeitsplätze in die Region zu holen. „Dieser Fehler darf jetzt nicht im Westen wiederholt werden“, sagte Hermann WELT ONLINE. In Ost und West sei zu wenig in den Erhalt der Infrastruktur investiert worden.

Auch Wirtschaftsexperten kritisierten Ramsauer. „Eine Ost-West-Debatte hilft niemandem“, sagte Joachim Ragnitz von der Dresdner Niederlassung des Münchner Ifo-Instituts. Es müsse jetzt betrachtet werden, wie der Stand der Infrastruktur sei und wie die voraussichtliche Nutzung in Zukunft aussehe. Tatsächlich gebe es im Westen viel zu tun, aber auch im Osten gebe es noch einige Baustellen. So sei die A 14 von Dresden über Magdeburg nach Hamburg ein wichtiger Lückenschluss. Die A 13 von Berlin nach Dresden müsse verbessert werden. Und im Schienenbereich sei die Strecke von der Ostsee über Berlin nach Prag noch zu langsam.

Wie stark der Investitionsbedarf offensichtlich auch im Westen ist, zeigt die Staustatistik des ADAC. Auf einer Liste mit den 20 „stauauffälligsten Autobahn-Abschnitten“ aus dem Jahr 2008 liegt nicht einer in Ostdeutschland. Bei den Staumeldungen lagen Nordrhein-Westfalen und Bayern mit großem Abstand vorn. Die bayerischen kommunalen Spitzenverbände unterstützten denn auch den Vorstoß Ramsauers.

„Das ist keine Neiddebatte, sondern eine Sachdebatte“, sagte der Landesvorsitzende des Städtetags, Hans Schaidinger (CSU), im Bayerischen Rundfunk und verwies auf das Geld, das in den vergangenen 20 Jahren in die neuen Bundesländer geflossen sei. „Wir haben Schulen, die wir nicht bauen und sanieren konnten in dieser Zeit, weil wir für Schulen im Osten überwiesen haben.“ Bei aller Freude über die Einheit dürfe man solche Themen nicht tabuisieren.

Schleswig-Holsteins Verkehrsminister Jost de Jager (CDU) warnte angesichts der Ost-West-Debatte, den Norden nicht zu vergessen. „Mir liegt daran, dass aus der Ost-West-Debatte am Ende nicht ein Süd-Nord-Gefälle wird.“ In Ost und West sei insgesamt zu wenig Geld in die Verkehrsnetze gesteckt worden.

Neue Investitionsprojekte dürften aber nicht nach der Himmelsrichtung ausgewählt werden, sagte Christian Carius (CDU), Verkehrsminister von Thüringen und derzeit Vorsitzender der Verkehrsministerkonferenz von Bund und Ländern. „Entscheidendes Kriterium muss die Priorität und nicht der Proporz sein.“

## Interaktiv



© Axel Springer AG 2009 . Alle Rechte vorbehalten.

Suchtechnologie powered by